

Präs: 17. März 2005

Nr.: 2300/J-BR/2005

**Anfrage**

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Ausstieg aus der Atomenergie

Der Vorarlberger Landtag hat mit einer am 9. März 2005 gefassten EntschlieÙung bekundet, dass er die Europäische Petition zahlreicher Organisationen zum Ausstieg aus der Atomenergie vollinhaltlich unterstützt und weiters die Landesregierung ersucht, bei der Bundesregierung auf europäischer Ebene die Forcierung folgender Maßnahmen zu betreiben:

- kein Neubau von Atomanlagen in Europa
- schnellstmöglicher europaweiter Ausstieg aus der Atomindustrie
- Europäisches Investitionsprogramm für Energieeffizienz und verstärkte Entwicklung von Erneuerbaren Energien
- Verhandlungen über das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten Eurato-Vertrages.

Der diesem Beschluss zu Grunde liegende Antrag war wie folgt begründet:

„Unter dem Motto ‚Eine Million Europäer verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie‘ starten Organisationen aus ganz Europa eine Unterschriftenaktion, die bis zum Tschernobyl-Gedenktag am 26. April 2005 läuft. Europaweit sollen 1 Million Unterschriften gesammelt werden, um ohne Aufschiebung Maßnahmen zum Ausstieg aus der Atomenergie in die Wege zu leiten. Diese Initiative hat vor allem vor dem Hintergrund eines deutlich erkennbaren Trends von mehreren europäischen Staaten, neue Atomkraftwerke zu planen und zu bauen, hohe Dringlichkeit. Vorarlberg hat mittlerweile eine ‚Atom-Widerstandsgeschichte‘, die von Rüthi über Zwentendorf und Wackersdorf bis herauf zum aktuellen Fall des Endlagers in Gundremmingen reicht. Dieser Tradition folgend scheint es uns wichtig, diese Europäische Petition auch durch ein klares Signal des Vorarlberger Landtages zu unterstützen.“

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an die Frau Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten folgende

**Anfrage:**

In welcher Weise werden Sie dem Anliegen des Vorarlberger Landtages Rechnung tragen?

